

Calmer Wochenblatt

Nr. 97.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Hg. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 10% — Fernspr. 4.

Donnerstag, 28. April 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.00 Vierteljährlich. Postbezugspreis 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der Reichstag zu dem deutschen Angebot.

Berlin, 27. April. Die Sitzung beginnt nach 1 Uhr. Bei mäßig besetztem Hause wird die Aussprache über die gestrige Rede Dr. Simons eröffnet.

Erklärung der Regierungsparteien.

Als erster Redner gibt Abg. Dr. Niefer (D.V.P.) im Namen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei eine gemeinsame Erklärung ab des Inhalts, daß diese Parteien schweren Herzens, aber im Gefühl der Verantwortung vor dem Volke, ihr Einverständnis dazu aussprechen, daß sich die Regierung mit ihren Vorschlägen an den Präsidenten Harding gewandt hat. Mit diesen Vorschlägen wird dem deutschen Volke Angeheures zugemutet; aber das deutsche Volk wolle auch diese Lasten auf sich nehmen in der Hoffnung, daß damit der Welt der Frieden gegeben und Deutschland der Weg zur freihellen Entwicklung geöffnet werde. Für rückwärtige Betrachtungen sei jetzt nicht die Zeit. Sollte aber dieser letzte Versuch fehlschlagen, dann habe das deutsche Volk wenigstens den Willen gezeigt, in der Wiedergutmachungsfrage, der Kriegsschäden bis an die Grenze des Möglichen zu gehen. (Zuruf von den Kommunisten: Eine Jammererklärung!)

Die Haltung der Mehrheitssozialisten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) wendet sich zunächst gegen die Deutschnationalen und spricht ihnen das Recht ab, der Regierung nationale Würdelosigkeit vorzuwerfen. Der Militarismus, der Anhänger dieser Partei, habe das jetzige Elend verschuldet. (Großer Lärm rechts.) Der Außenminister hätte allerdings in solchen Lebensfragen der Nation mindestens den auswärtigen Anspruchsrechtig informieren sollen. Die in Amsterdam von der Gewerkschaftsinternationale gefassten Entschlüsse sind das Maximum an Wohlwollen, das vom Ausland für Deutschland aufgebracht wird. Die Parteien der Rechten haben kein Recht, über die Verzögerung der deutschen Vorschläge Beschwerde zu führen, denn sie wollten nach dem Bruch der Londoner Verhandlungen ja überhaupt keine neuen Vorschläge mehr machen. Wenn den Bewohnern der zerstörten Gebiete nicht früher Unterkunft geschaffen werden konnte, so liegt das an dem französischen Minister Loucheur, der gegen die Hilfsaktion der deutschen Gewerkschaften Einspruch erhoben hat. (Hört, hört!) Meine Fraktion ist noch heute der Meinung, daß die Pariser Forderung der 42 Jahreszahlungen unerfüllbar ist. Wenn das Reichskabinett einmütig die in seinem neuen Vorschlag übernommenen Lasten für erträglich hält, so haben wir keinen Anlaß, dagegen zu protestieren. (Als der Redner die Befehung der Kaiserin als monarchische Demonstration und besonders die Teilnahme von Reichswehrdeputierten verurteilt, kommen von der Rechten Entrüstungsrufe und erregte Zurufe, die von den Sozialdemokraten zurückgegeben werden.) Durch solche Demonstrationen werde im Ausland der falsche Eindruck erweckt, daß in Deutschland noch immer der Geist der Monarchie herrsche. Eine Einmischung der Militärs in die Politik, wie sie sich in den Mobilisierungsversuchen im Osten zeigt, verbitte wir uns ganz entschieden. (Beifall bei den Soz.) Wir verlangen, daß der grobe Unfug der Probemobilisierung sofort eingestellt wird. Die Regierung muß die im Westen noch vorhandenen Waffenlager schleunigst aufheben, denn sie sollen doch nur den deutschnationalen Feinden der Republik dienen. Wir wollen unser Volk gegen wirtschaftliche Verkladung und politische Zerreißung schützen. (Beifall bei den Soz.)

Die Erklärung der Deutschnationalen.

Zu großen Lärmrufen kommt es, als der Abg. Helfferich (D.N.) bei Beginn seiner Rede dem Abg. Müller-Franken vorwirft, er habe mit seiner Rede der Entente Waffen gegen Deutschland in die Hand gegeben. Die Sozialdemokraten protestieren dagegen mit lauten Zurufen, in denen sie Helfferich als Kriegsschuldigen bezeichnen. Als der Redner die Ausführungen Müllers über die Befehung der Kaiserin als ein Zeugnis niedrigster Gesinnung bezeichnet, begleiten die Deutschnationalen ihn mit Zurufen gegen die Sozialdemokraten, die von den Sozialdemokraten mit Gegenrufen beantwortet werden. Als er weiter auf die Kriegsurfachen eingeht, ruft ihm der Abg. Müller-Franken zu: Sie lügen ununterbrochen! Zur Sache sagt der Redner:

Wir sind bereit, schwere Opfer zu bringen, um das deutsche Volk vor der drohenden Katastrophe zu bewahren. Wir bringen aber diese Opfer nicht mit dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung, einem Gefühl, wie es selber aus der Rede des Ministers Simons herausklang. Wir sind damit einverstanden, daß dem Präsidenten Harding das Vermittleramt angeboten wurde. Es muß aber festgestellt werden, daß die Schuld an den entsetzlichen Folgen des Friedens der frühere Präsident Wilson trägt, der nichts von seinen Versprechungen eingelöst hat. Das amerikanische Volk hat sein Urteil über diesen

Mann schon gesprochen. Das Scheitern der Vermittlungsversuche beim Vatikan erinnert an die Vorgänge von 1917, wo die Friedensmöglichkeit von der gleichen Seite vernichtet wurde. (Sehr richtig!) Wir beurteilen im Telegramm an den Präsidenten Harding das Angebot, ihm das Schicksal unseres Volkes ganz auszuliefern. Präsident Harding hat durch Ablehnung dieses Angebots mehr Gefühl für die Würde Deutschlands bewiesen als die Staatsmänner, die das Telegramm abgefaßt haben. Nach unserer Meinung geht überhaupt das Angebot der Regierung weit über die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Je mehr wir zurückweichen, um so unerhörter wird die Sprache des Herrn Briand. Minister Simons ist der verträglichste Mann der Welt. Aber aus seinem hohen Gerechtigkeitsgefühl heraus beurteilt er die Staatsmänner des Auslandes so wie sich. Das ist sein großer Irrtum. Noch heute gilt Rankes Wort, daß wir immer noch mit Ludwig dem Bierzeihen kämpfen. Frankreich will um jeden Preis an der Rhein kommen. Wir stützen uns auf das Wort: Jede Gewalt hat eine Grenze. (Abg. Dittmann ruft: Sie sind der Typus des Gewaltpolitikers.) Die Auslieferung des deutschen produktiven Vermögens an Frankreich könnte auch unseren Arbeitern nicht gleichgültig sein. Was den Engländern mit dem kleinen Irland nicht gelungen ist, wird der Entente auch mit Deutschland nicht gelingen, wenn hier nicht Leute das große Wort führen, wie Herr Dittmann. (Lärm bei den U.S.) Während uns die schwerste Gefahr droht, amüsiert man sich in Berlin wie vorher. (Rufe der Sozialdemokraten: Ihre Kreise!) Die Kreise, die wir zu uns rechnen, trauern in Sad und Asche. Die Weltgeschichte war mit dem Jahre 1807 nicht zu Ende; sie wird auch 1921 nicht zu Ende sein. (Lebhafter Beifall rechts; vereinzeltes Händeklatschen auf den Tribünen des Präsidenten Löbe gerollt wird.)

Erklärung der Unabhängigen und Kommunisten.

Als Haupt der Abg. Dr. Dreitscheld (Unabh.) das Wort nimmt, verlassen die meisten Abgeordneten der Rechten den Saal. Der Redner sagt: Wir empfinden zur Wiedergutmachung auch eine moralische Verpflichtung, weil während des Krieges von deutschen Staatsmännern und Heerführern Verbrechen verschuldet worden sind, die in der Hauptsache deutschen Kapitalisten Nutzen bringen sollten. Die Regierung hat viele Sünden auf sich genommen. Sie hätte nach den Schwierigkeiten der Londoner Verhandlungen rechtzeitig Vorschläge machen sollen. Es war bedenklich. Auch wir finden es bedenklich, daß das deutsche Volk über die Schwankung der Politik des Ministers erst aus dem Pariser „Matin“ etwas erfahren konnte. Das Gerücht von der Jubilation der „Germania“ ist doch nur eine Ausrede, mit der der Vatikan seine Abneigung gegen eine Vermittleraktivität verdecken wollte. Das sind aber die Folgen der Geheimpolitik. Wir wollen vorher diese kontrollieren können, und darum müssen die Befugnisse des auswärtigen Amtes erweitert werden. Der Minister braucht sich in der amerikanischen Note nicht auf das deutsche Volk zu berufen. Das deutsche Volk war nicht gefragt worden. Über amerikanische Geschäftsleute hatten den Wortlaut der Note entscheidend beeinflusst. Eine solche Politik darf man nicht treiben, sonst könnte Karlchen Miesnig als Staatsmann der Zukunft gelten. (Seitertzeit.) Mit der Note an Harding hat die Regierung Gehrenbach ein Hazardspiel getrieben. Wenn das deutsche Volk mit einem blauen Auge davonkommt, so ist das ein unverdientes Glück der Regierung. (Beifall bei den Unabh.)

Abg. Fröhlich (Komm.) vermischt in der Rede des Außenministers jeglichen politischen Gedanken. Er richtet heftige Angriffe gegen die Regierung und die Rechte, aber auch gegen die Mehrheitssozialdemokraten, denen er Mitschuld an dem Krieg und seinen Folgen vorwirft. Die Note der Regierung bedeute nur die Handhabe dazu, daß das internationale Kapital das internationale Proletariat ausbeuten könne. Die Vorschläge der Gewerkschaftsinternationale hätten dieser Ausbeutung den Boden geebnet. Als der Redner sehr ausführlich auf den mitteldeutschen Aufstand eingeht, ersucht ihn Vizepräsident Dittmann, bei der Sache zu bleiben. Zum zweitenmal wird er zur Sache gerufen, als er in aller Breite die Tätigkeit der Sondergerichte kritisiert. Der Redner schließt unter Lärm und Gelächter der Rechten mit einer Kampfansage an den Kapitalismus.

Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Müller-Franken und Helfferich wird die Reichstagsberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Das Echo des deutschen Angebots.

Amerika zu Verhandlungen

über die neuen deutschen Vorschläge bereit?

Berlin, 28. April. Blättermeldungen aus London zufolge, sind dort Nachrichten aus Amerika eingetroffen über die wahrheitliche Bereitwilligkeit Amerikas mit Deutschland weiter zu verhandeln, um eine Grundlage für neue Besprechungen zwischen Deutschland und den Alliierten zu finden. Amerika werde

vermutlich Frankreich zu verstehen geben, daß eine Befehung des Ruhrgebiets Amerika unangenehm sein werde, solange nicht alles versucht worden sei, um zu einer Verständigung zu gelangen. Im Falle einer Weigerung Frankreichs sollen England und Italien gebeten werden, die neuen Pläne Frankreichs nicht zu unterstützen.

Wie die „Bosfische Zeitung“ hört, hat der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, gestern den Reichsminister Dr. Simons aufgesucht, der ihm erläuternde Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen macht.

Paris, 27. April. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, herrscht in gut unterrichteten Kreisen volles Vertrauen, daß der amerikanische Notenaustausch über das deutsche Angebot zu einem Uebereinkommen führen wird.

Paris, 27. April. Der „Matin“ verbreitet folgende Meldung aus Washington vom 26. April: Nach dem Kabinettsrat hat Staatssekretär Bianco mit den Botschaftern von Frankreich, Belgien, Italien und Japan konferiert. Der Botschafter Großbritanniens wird später erwartet.

Amerika noch ohne Antwort von den Alliierten.

London, 27. April. Wie Reuter aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung bis heute Mittag keine von ermächtigtter Seite herrührende Benachrichtigung über die Haltung der Alliierten erhalten. Unzweifelhaft wird das Staatsdepartement den Empfang einiger Angaben über die Annehmbarkeit der deutschen Gegenanschläge abwarten, ehe es nach Berlin eine Antwort erteilt.

Englische und französische Pressestimmen.

London, 27. April. Die Presse veröffentlicht die neuen deutschen Reparationsvorschläge. Soweit die Blätter dazu Stellung nehmen, ist ihre Haltung abwartend. — „Daily Chronicle“ bezeichnet die neue deutsche Note an die Ver. Staaten als ein weit weniger unmögliches Dokument als ihre Vorgängerinnen. Es ist, dem „Daily Chronicle“ zufolge, klar, daß die drohende Gefahr einer Befehung des Ruhrgebiets bei Deutschland einen Grad der Bußfertigkeit hervorgerufen habe, die bisher alle Appelle an die Vernunft und das Gerechtigkeitsgefühl Deutschlands nicht zustande gebracht hätten. Wenn Deutschland dieses Angebot jetzt machen könne, dann hätte es dies ebenso gut schon vor Monaten machen können. Es sei wirklich schade, daß Deutschland dies nicht getan habe. In vieler Hinsicht sei der deutsche Vorschlag sehr unklar und die Unbestimmtheit in gewissen Punkten, sei sie absichtlich oder nicht, zeige von neuem die Taktik, die Deutschland in den letzten 2 Jahren mit so großem Erfolg angewandt habe. Die Vorschläge in ihrer augenblicklichen Form würden von den Alliierten nicht angenommen werden. — „Daily Mail“ überschreibt das neue Angebot „Sonne-Humburg“ und bezeichnet die Vorschläge als die alten mit Zuckeraufguß. — Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet: Die Meinung der italienischen Kreise geht ebenso wie die britische dahin, daß kein vernünftiger Versuch unternommen werden dürfe, um eine Lösung der Reparationsfrage auf dem Wege des Uebereinkommens mit Deutschland auf der Grundlage der Pariser Formel vom 29. Januar zustande zu bringen. — Die „Daily News“ glauben nicht, daß die amerikanische Regierung die deutschen Bedingungen als un diskutabel zurückweisen würde.

Paris, 27. April. Die Pariser Morgenblätter lehnen das neue deutsche Angebot ab, zum Teil mit den schärfsten Worten. — Der „Matin“ stellt fest, das Angebot bleibe hinter dem Abkommen von Paris zurück. Tatsächlich übersteige dieser Plan kaum den von London, weil er vorsehe, daß durch seine Annahme alle Entschuldigungsverpflichtungen Deutschlands hinsichtlich der Reparation als gestellt angesehen werden müssen. Das Blatt bemängelt auch noch die von den Deutschen gestellten Bedingungen, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben müsse, daß die Handelsfreiheit wieder hergestellt und daß die deutschen Werte im Ausland freigegeben werden müßten, und daß die Reparationskommission durch eine internationale Kommission von Sachverständigen ersetzt werden soll. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß an der Befehung des Ruhrgebiets nicht mehr gezweifelt werden könne. — Bertinaz hebt im „Echo de Paris“ besonders hervor, daß im Augenblick der amerikanischen normale Zinsfuß für Gold 9 und 10 Proz. betrage, nicht 4, wie der deutsche Vorschlag vorsehe. Er glaube, daß Staatssekretär Hughes entschlossen sei, sich der Meinung der Botschafter von Frankreich und England anzuschließen. Die Vereinigten Staaten würden also offiziell das Berliner Papier Frankreich nicht mitteilen. Am Vorabend der Beratungen von London stärke also der deutsche Schritt die französische Haltung. — Der „Petit Parisien“ meldet, daß die angebotene Summe um die Hälfte hinter dem zurückbleibe, was das Abkommen von Paris vorsehe und kommt zu dem Schluß, daß das, was für die Londoner Vorschläge mehr sei, um so wahrer für die zweiten Vorschläge

ische
-Fürsorge.
kann eingelöst
kann bis Frei-
Die Kleinhändler
den 30 April.
Kathaus ableiten.
enft.
ung sind alle hier
om zurückgelegten
ensjahr, soweit sie
vorken, verpflichtet,
en, oder eine Ab-
des Gemeinderats
für das Jahr je
insprechend zu des
noch bis 30. April
eiben von der Ab-
Abgabe für das
wollen schriftlich
1921 bei Komman-
om Feuerwehrrat
en, haben ein Abg-
erhinderten müssen
stbehörden vorlegen,
s beim Stadtschul-
Belehenden unter
find.
scheidenden wollen
ens 30. April bei
n Elektrizitätswerk
erwehrratkommando:
Georgii.
reiben
nkenkasse
irk Calw.
1, von vormittags
et in Calw im
nkenkasse, Eder-
Jahre 1922, 1923,
ablaufendes Jahr,
en Oberamtsbezirk
ereren besteht, von
neuen Arbeitsver-
erien je aus ihrer
der Anstehenden,
Erfahrmänner
32 Erfahrmänner
e für ihre ver-
die Kasse zu be-
richtigt sind, zäh-
ig mehr als 2 Ver-
falls zu den Ver-
versicherungspflichtig
die mehrere Ver-
bis zu 150 ver-
agefangene 30 und
für je angefangene
10 Stimmern kom-
erten ist nur, mit
geber- und die der
aufhören.
ndestens doppelt so
wie Vertreter zu
d nach den Grund-
stetens 4 Wochen
s 13. Mai 1921,
zustand einzurufen,
eingesetzt werden,
an diese Wohn-
— einschließlich der
können nach ihrer
Kasse in Calw und
redaktion dienen
ebenfalls bei der
3. Mai 1921 von
je von den Wählern
der sich aus dem
ergebenden Wahl-
ung des Ausschusses
als bis spätestens
Beweiismittel bei
Erfahrung als An-
nen von der Haupt-
nenvorstands:
eiter:
hme 8 Uhr.

bleibe. — Das „Journal“ bemerkt, nicht Washington, sondern Berlin habe die Bedingungen mitgeteilt. Sie hätten also in den Vereinigten Staaten nicht die Bezeichnung annehmbar gefunden. Der Graben sei unüberbrückbar, so habe Loucheur erklärt. — „Deuore“ ist der Ansicht, daß durch die Note der Berliner Regierung der Versäcker Vertrag ignoriert werde, da von ihm in dem ganzen Dokument nicht die Rede sei.

Paris, 27. April. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, das deutsche Angebot stelle nach seiner Ansicht eine nützliche Diskussionsbasis dar. Vielleicht würden die Pariser Chauvinisten vor der Bruttozahl von 50 Milliarden Goldmark augenblicklich zurückschrecken. Eine einfache Berechnung zeige jedoch, daß das, was Deutschland anbiete, das was Simons in London anbot, um vieles übersteige. Das Blatt fragt deshalb, ob man unter diesen Umständen sich weigern könne, dieses Angebot zu diskutieren und zu prüfen.

Die neuen deutschen Vorschläge unannehmbar?

Paris, 28. April. In einer Havas-Meldung aus London heißt es: Die Besprechungen zwischen den belgischen, französischen und englischen Ministern wurden gestern Nachmittag fortgesetzt, während die englischen und französischen Sachverständigen ihre Arbeiten fortführten. Es wurde beschlossen, zwei englisch-französische Unterkommissionen, die heute Vormittag zusammenzutreten werden, die Prüfung verschiedener Fragen zu überlassen, besonders die Kohlenfrage. Der Tag endigte mit einer wichtigen Besprechung zwischen Loucheur und Jasper. Aus den Eindrücken, die man bis gestern Abend sammeln konnte, geht hervor, daß man auf englischer wie auf französischer Seite nicht sehr klar die neuen deutschen Vorschläge infolge ihres offensichtlichen Mangels an Deutlichkeit verstanden hatte. Man hat sich inzwischen davon überzeugen können, daß diese neuen Vorschläge nur eine Stützung der Vorschläge von London waren und daß sie unannehmbar sind. — Man sieht also, die Gewaltmaßnahmen sollen unter allen Umständen ergriffen werden.

Paris, 27. April. Nach einer Havas-Mitteilung werden in zuständigen Kreisen die neuen deutschen Gegenvorschläge für vollkommen unannehmbar gehalten. Das Außenministerium sei amtlich von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, die keine Unterlage für eine förderliche Wiederaufnahme der Unterhandlungen böten. Die von der Reichsregierung zu Reparationszwecken angegebenen Zahlen seien durchaus ungenügend, da sie um mindestens 100 Milliarden unter den Summen der Pariser Abmachungen zurückbleiben, die von den Verbandsregierungen als Mindestforderungen betrachtet werden. Alle Anerkennung seien von einer Menge Vorbedingungen abhängig gemacht, die ihren Wert ganz bedeutend herabminderten.

London, 27. April. (Reuter.) Der belgische Minister des Aeußeren, Jasper, wird bis nach dem Zusammentritt des Obersten Rats in London bleiben. Er erklärte, Belgien könne den deutschen Vorschlag, der nicht auf dem Pariser Uebereinkommen basiert sei, nicht annehmen. Seiner Meinung nach ist die letzte deutsche Note kein wirklicher Fortschritt. Jeder Vorschlag aus Berlin müsse auf den Pariser Bedingungen basieren. Loucheur wohnt eine Zusammenkunft der Reparationsfachverständigen bei, die den deutschen Vorschlag prüfen und der Meinung sind, daß er den französischen Forderungen in seiner jetzigen Form nicht zu entsprechen vermag. Loucheur sieht die deutsche Note nicht als ernsthaft an.

Die angebliche Haltung der englischen Regierung.

London, 27. April. (Havas.) Nach Mitteilung aus zuständigen englischen Kreisen ist die Stellungnahme der englischen Regierung hinsichtlich der neuen deutschen Note durchaus abwartend. Vor allen Dingen ist der Wortlaut der Note noch nicht von dem amerikanischen Staatsdepartement übermittlelt worden. Der einzige Text den man besitzt, ist die Uebersetzung der Berliner Veröffentlichung. Man hat tatsächlich aus Washington bisher noch keinerlei Nachricht in dieser Hinsicht erhalten. Die Vorschläge die bisher bekannt geworden sind, sind

in Bezug auf die Sicherheiten zu zweideutig und diese Zweideutigkeit macht weitere Erklärungen unbedingt notwendig. Es werden deshalb auch bereits Schritte unternommen, um diese Erklärungen sobald als möglich zu erhalten. Aufklärungen sind vor allen Dingen in Bezug auf den ersten Paragraphen notwendig, denn allem Anschein nach steht Deutschland keinerlei Zeit fest, innerhalb deren die Jahresraten bezahlt werden müssen.

Deutschland.

Bermehrung der schwarzen Franzosen im besetzten Gebiete.

Berlin, 28. April. Einer Blättermeldung aus München zufolge mehren sich die Klagen der pfälzischen Bevölkerung über Schandthaten farbiger Franzosen. Aus Landau wird berichtet, daß dort seit vorigen Sonntag 400 schwarze Franzosen in Bürgerquartieren untergebracht sind. Auch Kaiserslautern hat die Besetzung von mehreren hundert Mann schwarzen Truppen erhalten. In Germersheim hat die Stärke der schwarzen Besatzung die Zahl der Einwohner erreicht.

Erweiterung der Rechte deutscher Polizisten im besetzten Gebiet.

Berlin, 28. April. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Frankfurt a. M. hat die Rheinlandkommission neue Bestimmungen über die Mithilfe deutscher Polizisten bei der Verhaftung von Angehörigen der Besatzungsarmee erlassen. Den deutschen Polizisten ist jetzt gestattet, bei Mord, Mordversuchen, Angriffen mit der Waffe, Raub, schweren Gewalttätigkeiten, Mord, schwerem Diebstahl, Brandstiftung und Hausfriedensbruch selbständig Verhaftungen vorzunehmen. Die Festgenommenen sind jedoch unverzüglich der nächsten alliierten Polizeibehörde zuzuführen.

Die Prozesse gegen die Kriegsbefehlshaber.

Berlin, 28. April. Reichsjustizminister Heinze gab in einem Vortrag vor Vertretern der Presse eine Uebersicht über die Verhandlungen, die bisher mit den Ententemächten über die Frage der Aburteilung der sogenannten Kriegsbefehlshaber stattgefunden habe. Er erklärte, daß am 23., 26. und 30. Mai drei Fälle von angeblichen Mißhandlungen von Kriegsbefehlshabern in Leipzig verhandelt werden. Es werden dazu 27 englische Zeugen erscheinen. Die Verhandlungen finden unter dem Vorsitz von Senatspräsident Dr. Schmidt statt. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Ebermeier. — Und das müssen wir uns gefallen lassen, während unsere Leute auf gemeinste und niederträchtigste Weise in Frankreich mißhandelt wurden.

Ausweisung Verdächtiger Ausländer aus Mitteldeutschland.

Berlin, 27. April. Blättermeldungen aus Halle zufolge ist mit der Ausweisung von in Mitteldeutschland befindlichen verdächtigen Ausländern begonnen worden. In Pappig im Kreis Merseburg, wo eine große Anzahl Ausländer angemeldet war, wurden 20 von ihnen, vornehmlich Russen, durch die Schutzpolizei festgenommen und nach dem Sammellager Quedlinburg gebracht. — Es ist selbstverständlich, daß diese Elemente vom Ausland bezahft werden.

Raubüberfall auf einen Personenzug.

Berlin, 28. April. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Deutchen meldet, hielten gestern Nachmittag vier bewaffnete Banditen den fahrplanmäßigen Personenzug Rattow-Breslau zwischen den Stationen Slawentz und Kanbrin auf freier Strecke an und raubten aus dem Postwagen 4 Postfäcke mit insgesamt über 500 000 M. Bargeld. Drei Banditen gelang es, zu entkommen, während der vierte ergriffen und von der Menge gefesselt wurde. — Wir haben hier einen Vorgeschmack davon, wie es in Oberschlesien aussehen würde, wenn es unter „polnische Wirtschast“ käme.

Vorkläufige Verbehaftung der Säge der Arbeitslosenunterstützung.

Berlin, 28. April. Wie die „Freiheit“ mitteilt, hat der Reichsfinanzminister seine Zustimmung abgelehnt, daß die für

den Winter geltende Säge der Arbeitslosenunterstützung über den 30. April hinaus fortgezahlt werden.

Erhöhung der Kalipreise.

In der letzten Sitzung des Reichskabinetts am 21. April wurde der Antrag des Reichs-Syndikats auf Erhöhung der Kalipreise für das Inland um 65, 70 und 75 Prozent für die verschiedenen Sorten mit 17 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandete diesen Beschluß mit der Begründung, daß eine Erhöhung der Kalipreise, die über 35 Prozent hinausgehe, nach Ansicht des Reichswirtschaftsministeriums das öffentliche Wohl gefährde. In den nächsten 14 Tagen muß sich nun entscheiden, ob der Minister seine Beanstandung aufrecht erhält. Im anderen Falle wird die Erhöhung nach dem Antrag des Syndikats in Kraft treten.

Freie Regelung der Eisenpreise.

Die in Essen abgehaltene Mitgliederversammlung des Eisenwirtschaftsbundes hat einstimmig beschlossen, die Höchstpreise für Eisenprodukte mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Der Markt bleibt also unannehmer der Preisregelung durch Angebot und Nachfrage überlassen. Wenn das Reichswirtschaftsministerium es für notwendig halten sollte, werden die Höchstpreise wieder eingeführt. Der Eisenwirtschaftsbund bleibt aber weiter bestehen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. April 1921.

Gesworenenliste.

Zu den am 26. April begonnenen Schwurgerichtssitzungen in Tübingen wurden vom Bezirk Calw als Geschworene berufen: E. Beer, Fabrikant Hirsau; J. Höbberlin, Metzger, Dedenpfronn, M. Kübler, Schuhm., und Gemeinderat, Breitenberg; G. Rinz, Bauer, Hornberg; G. Rometzsch, Gemeinderat, Albulach; R. Weiß, Gemeindeführer, Althengstett.

Zusammenkunft der ehemaligen Angehörigen des Landsturm-Bataillons Calw.

Am 8. Mai findet in Calw eine Zusammenkunft ehemaliger Angehöriger des Landsturm-Bataillons Calw, verbunden mit einer Ehrung für die Gefallenen des Bataillons statt. Nach den aus den Bezirken einlaufenden Nachrichten darf eine rege Beteiligung in Aussicht genommen werden. Das Bataillon stand fast 4 Jahre lang im Feld und hat — mit anderen Landsturm-Bataillonen zu einem Regiment vereinigt — an den Stellungskämpfen an der West-, im Westschachtelbogen, in franz. Flandern und Lothringen, sowie an den Schlachten in Flandern, bei Hooge und vor der Front Ypern-La Bassée ehrenvollen Anteil genommen.

Verlängerung des Termins für die Einkommensteuererklärung.

Im Steuerauspruch des Reichstags erklärte der Finanzminister Dr. Wirth, daß er im Hinblick auf die mancherorts entstandenen Schwierigkeiten eine Verlängerung des Termins für die Einkommensteuer-Erklärung um 14 Tage, also bis 15. Mai, alsbald anordnen wird.

Fruchtwechsel in der Landwirtschaft.

Als höchste Form der Feldwirtschaft ist die Fruchtwechselwirtschaft anzusehen, die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts durch den Reformator der deutschen Landwirtschaft, Albrecht von Thaer eingeführt wurde. Thaer hatte die Fruchtwechselwirtschaft in England kennen gelernt. Der dortige „Norfolker Fruchtwechsel“ umfaßt 1. Haafträge, 2. Gerste oder Hafer, 3. Alee, 4. Winterung. Eine ähnliche Fruchtwechselwirtschaft konnten wir vor einigen Jahren gelegentlich einer Studienreise noch in England antreffen. In Deutschland war er auf die Dauer meist nicht durchzuführen. Während auf dem milden Kalboden Englands der Alee alle vier Jahre mit Sicherheit gedeiht, ist dies bei uns in der Regel nicht der Fall. Viele Böden sind von Natur überhaupt nicht fruchtbar, und auch, wo er wohl gedeihen will, darf man erst nach sechs Jahren wieder damit an die

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schüding.

„Und ich sag' euch, der Botenfranz ist ein Lügner!“ schrie im zornigen Distanz der gestrenge Schöpfer sich aufstehend mit steif ausgerichtetem Kopfe auf die erschrockene Gruppe hinab. „Wenn da irgendwo eine Hütte brennt, so brennt eine Hütte — Pantum! Und Kanonenschläge? Dummheit! Es müßt denn sein, die Franzosen schiffen Viktoria von der Marienburg herab, daß man's bis hierher hören könnte! Sonst nichts! Ich sag' euch, die stehen heute näher bei Wien als bei uns! Werden sie haben zurückwerfen lassen, daß man's im Goshenwalde hören könnte, wie sie sich mit den Kaiserlichen herumschleichen! Dummheit noch einmal! Könnst Gift darauf nehmen, ihr Weibsbilder! Geht zum Essen! — Aber wer kommt dann da? Ich glaub', der Herr Förster ist! Macht sich seit einiger Zeit nicht lustig rar, der Herr Förster Buchrod!“

In der Tat war es Wilderich, der rasch, erregt und mit gezücktem Gesicht durch das Torhaus schritt.

„Ich möchte die fremde junge Dame sprechen!“ rief er schon von weitem.

„Dacht's mit!“ antwortete der Schöpfer trocken. „Kann ich's nicht bestellen?“

„Nein, es ist nicht für Euch, sondern für sie, was ich ihr mitzuteilen habe.“

„Doch nicht, daß es in der Ferne brennt und daß man Kanonenschläge hört?“ sagte der Schöpfer ironisch. „Das wissen meine Mägde allbereits!“

„Es hängt ein wenig damit zusammen,“ erwiderte Wilderich. „Ich bitte, zeigt mir den Weg, ich habe Eile.“

„Die Demoiselle kommt jaust,“ rief Frau Afra aus, auf das Portal des Hauses deutend, aus dem die Demoiselle Benedicte in diesem Augenblick hervortrat.

Wilderich wandte sich rasch ihr zu; er reichte ihr ohne wei-

tere: wie einer alten Bekannten die Hand, und sie abseits führend, so daß seine Worte von den übrigen nicht verstanden werden konnten, sagte er: „Demoiselle, ich komme mit einer Nachricht, die nicht gar erfreulicher Art für die Bewohner von Haus Goshenwald ist. Meine Leute da unten haben eine Art von Kriegsrat gehalten, ich komme eben daher; es ist beschlossen worden, eine Strecke weit unterhalb der Mündung meiner Tal-schlucht auf der Heerstraße einen Versuch anzulegen und da einen Hauptangriff zu machen; die Folge ist, daß sich das Franzosenvolk davon in Masse aufbauen wird, daß sie Seitenwege, den Versuch zu umgehen, suchen, daß sie also die Schlucht empordringen und dann sich in dies Tal ergießen werden. Ich fürchte deshalb sehr, daß sie Haus Goshenwald nicht unberührt lassen werden. Ich werde es von einem Teil meiner Leute besetzen lassen — aber Sie, mein Gott, welcher Schrecken, welche Gefahren für Sie — ich möchte alles drum geben, Sie dem entziehen zu können. Wollen Sie ein anderes Asyl aufsuchen — ich bin bereit, alles andere beiseitezusetzen, um Sie zu einem zu führen.“

„Ich habe Ihnen gesagt,“ versetzte das junge Mädchen erschrocken über diese Mitteilung, „daß ich kein anderes Asyl auf Erden habe als dieses, und hätte ich eins. — Sie begreifen.“

Benedicte wandte den Blick leicht erröthend zu Boden und vollendete nicht.

„Ich begreife, ich begreife,“ fiel Wilderich tief aufatmend ein; „gottw., Sie würden nicht glauben, daß Sie sich von mir dürften dahin führen lassen. O mein Gott, ich begreife alles, auch wie aufdringlich Ihnen meine Sorge um Sie vorzukommen muß, wie ungeschickt, wie lästig vielleicht, aber in Stunden der furchtbaren Erregung, wie sie dieser Tag uns bringt, vergißt man die Rücksichten, und das fieberhaft schlagende Herz sprengt die Fesseln der Kühlen, von der Sitte gebotenen Zurückhaltung, die es in ruhiger Zeit vielleicht noch lange ertragen hätte. O jürren Sie mir deshalb nicht, wenn ich in dieser Stunde Worte

zu Ihnen spreche, die Ihnen wie die eines Toren vorkommen müssen! Aber Ihre Ruhe, Ihre Sicherheit ist nun einmal, seit ich Sie gesehen, der Angelpunkt meiner Gedanken gewesen; alles andere ist für mich dahinter zurückgetreten; der Gedanke an Sie, an das, was Sie mir gesagt, an Ihre Los, von dem Sie mit dem Tone einer Klage, die mein Herz bluten machte, gesprochen — der Gedanke daran verläßt mich nicht, er hat mich umgewandelt, er hat mich zu einem andern, all seinem früheren Wesen und Leben, allen seinen früheren Interessen entfremdeten Menschen gemacht! Ihr Schicksal und meines — nur über das eine kann ich fassen und denken und grübeln — Ihr Schicksal und meines, sie stehen vor mir so verwickelt, so aufeinander angewiesen, so vom Himmel zusammengeführt, um sich zu verketten — o mein Gott, was sage, was gestehe ich Ihnen da alles! Welche Torheit, so mein innerstes Herz Ihnen zu entziehen und Sie zu ergärnen, mir vielleicht auf ewig zu entfremden — um des Himmels willen, Benedicte, vergeben Sie mir — ich kann in dieser Stunde, wo die Erregung, die Leidenschaft, der Gedanke an den blutigen Kampf, der beginnen soll, in mir fürmen wie ein Meer mit seinen Wogen, ich kann nicht anders reden. Ich will ja auch keine Antwort, keine, keine — nein, nicht jetzt — lassen Sie mir nur, ich flehe Sie darum an, die Gelegenheit, Ihnen zu zeigen, was ich bereit bin, für Sie zu tun — und wäre es, für Sie zu sterben!“

Benedicte stand vor ihm wie ein wachsbildiges Bild bei tiefen leidenschaftlich hervorgepreudelten Worten; sie öffnete ein paarmal die Lippen, um ihn zu unterbrechen, aber wie hätten ihre leisen Worte dem stürmischen Redestrom des aufgeregten Mannes Einhalt tan können — sie vermochten nichts darüber, sie mußte ihn enden lassen, und dann schien es, als ob sie selber den Mut verloren, noch eine Silbe zu sprechen. Sie hatte nur beide Arme erhoben, wie um angstvoll etwas furchtbar Er-schreckendes, was vor ihr plötzlich aus dem Boden aufgetreten wäre, abzuwehren.

(Fortsetzung folgt.)

Unterstützung über
21. April wurde
der Kallpreise für
erschwerenen Sorten
treiter des Reichs
fluß mit der De
über 35 Prozent
nisteriums das B
gen muß sich nun
aufrecht erhält
Antrag des Syn

reife.
ung des Eisenw
Hpreise für Eisen
Markt bleibt also
Nachfrage über
es für notwendig
führt. Der Eisen

nd.
28. April 1921.
erichtsitzungen in
Hygiene berufen
erlin, Meßger
und Gemeinderat
berg; G. R. o.
h, Gemeindeplo

Angehörigen
Calw.
auf ehemalige An
bunden mit einer
Nach den aus des
beteiligung in Aus
4 Jahre lang im
en zu einem Regi
er Her, im W
en, sowie an der
Front Opem-La

für die
ng.
der Finanzmin
ndherorts entlan
Termins für die
bis 15. Mai, als

tschaft.
Fruchtwechsellw
jahrhunderts durch
brecht von Thun,
wirtschaft in Eng
schweffel" umfasst
Winterung. Eine
Jahren gelegentlich
Deutschland war
Während auf dem
chte mit Sicherheit
fall. Viele Widen
auch, wo er wohl
eder damit an die

oren vorkommen
ist nun einmal
bedanken gewesen;
en; der Gedanke
r Los, von dem
ez bluten machte
er hat mich
ll seinem früheren
ressen entfremde
nes — nur über
In — Ihr Schick
ifiziert, so aufein
efügt, um sich zu
sche ich Ihnen da
g Ihnen zu entfrem
ewig zu entfrem
ergeben Sie mit
die Leidenschaft
nnen soll, in mit
ann nicht anders
e, keine — nein,
e darum an, die
bin, für Sie zu

es Bild bei die
er öffnete ein
aber wie hätten
des aufgeregten
n nichts darüber,
als ob sie selber
Sie hatte nur
s sich fürchtbar
oben aufgestiegen
ortsetzung folgt.)

selbe Stelle kommen, sonst stellt sich die sog. „Kleemüdigkeit“ ein, ganz ähnlich, wie dies auch bei der Ernte zu beobachten ist. Unter Fruchtwechsel versteht man den ständigen Wechsel von Halm- und Blattfrucht. Als Halmfrüchte gelten die Getreidearten, jedoch nur, wenn sie nicht grün abgerntet werden. Als Blattfrüchte gelten Kartoßeln, Kohl, Rüben, Hülsenfrüchte usw. Ein streng geregelter Fruchtwechsel bietet in der Tat ganz erhebliche Vorteile, die sich aus den verschiedensten Gründen leicht erklären. Wie schon oben erwähnt, sind manche Pflanzen, wie Klee und Erbsen, sehr wenig mit sich verträglich. Die eigentlichen Ursachen liegen nicht immer klar. Die Kleemüdigkeit, die man bald bei zu häufigem Anbau von Zuckerrüben bemerken mußte, wird dadurch erklärt, daß an den Wurzeln eine Unmasse winziger Würmer (Nubbenematode) nachgewiesen wurde. Alle unsere Kulturpflanzen werden von einer Anzahl von Feinden bedroht, Unkräuter, Tiere, Pilze. Bei den verschiedenen Pflanzen sind diese Feinde in der Regel verschieden. Bauen wir nun dieselbe Pflanze mehrere Jahre an derselben Stelle wieder an, so ist den Feinden damit eine glänzende Entwicklungsmöglichkeit geboten, und zwar derartig, daß bald das gute Gedeihen der Kulturpflanze in Frage gestellt ist. Durch ständigen Wechsel wird dieser schrankenlosen Entwicklung auch ohne besondere Bekämpfung ein Riegel vorgeschoben. Von besonderer Bedeutung ist der Wechsel von Halm- und Blattfrucht für die Bodengare. Unter Bodengare versteht man einen mürben, krümeligen Zustand des Bodens, der die Fruchtbarkeit auf das günstigste beeinflusst. Hervorgerufen wird dieser Zustand der Gare vor allem durch eine Anzahl nützlicher Bodenbakterien. Nun haben diese Bakterien zum Wachstum außer nährlichen Humusstoffen vor allem Wärme, Feuchtigkeit und Luft nötig. Dagegen ist direktes Sonnenlicht ihr größter Feind. Das Getreide ist im allgemeinen der Bodengare nicht vorzuziehen. Der Boden bezieht sich an der Bodenfläche zu sehr, besonders wenn Egge und Hade nicht genügend gebraucht werden; dazu tritt zur Reifezeit eine ungenügende Beschattung. Demgegenüber bieten die Blattfrüchte, weil sie stets gut gedeckt werden und namentlich im Spätsommer das Land dicht beschatten, den Bodenbakterien die besten Wachstumsbedingungen. Durch einen ständigen Wechsel von Halm- und Blattfrucht können wir uns eine gute Bodengare erhalten, während sie bei einseitigem Ackerbau verloren geht. Bei der alten Dreifelderwirtschaft, die nur Ackerbau kannte, mußte notgedrungen im dritten Jahre der Boden als Brache liegen bleiben, um dadurch die Bodengare wieder herzustellen. Wo an Stelle der alten Dreifelderwirtschaft die Fruchtwechsellwirtschaft eingeführt wurde, gelang es, die Brache, die vorher den dritten Teil des Landes in Anspruch nahm, ganz oder auf einen sehr geringen Bruchteil zurückzubringen.

Aufklärung der Abteilung f. soziale Volkswohlfahrt.
Die Abteilung für soziale Volkswohlfahrt beim Arbeitsministerium wurde aufgelöst. Die Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge, die der Abteilung bisher angegliedert war, bildet nunmehr eine selbständige Landesstelle beim Arbeitsministerium. Die beiden Hilfsstellen für Auslandsdeutsche und für die aus Eisatz-Verträgen und den übrigen Grenzländern Vertriebenen sind unter die unmittelbare Oberaufsicht des Arbeitsministeriums getreten.

Neue Reichseisenbahnbeiträge.
Nach der Verfassung hat die Reichsregierung eine Verordnung über die Bildung von Eisenbahnbeiträgen zu erlassen. Diese Beiträge treten an die Stelle der bisherigen einzelstaatlichen Beiträge und sind unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Struktur des Reiches zu bilden. Vorläufig steht nun die Einteilung des Reiches in 10 Verwaltungsbezirke zu erwarten; davon wird einer das bisherige badische und württembergische Verkehrsgebiet umfassen und die Bezeichnung „Verwaltungsbezirk Stuttgart-Karlsruhe“ tragen. Er wird gebildet für die Bezirke der Eisenbahngeneraldirektionen Stuttgart und Karlsruhe. Den Vorsitz führen die beiden Generaldirektionen abwechselnd, erstmals die G. O. Stuttgart. Von den Beiratsmitgliedern werden 12 von den Landesregierungen bestellt und zwar 6 von Württemberg, von Baden und 1 von Preußen (Hohenzollern); 13 Mitglieder entsenden die Handelskammern (davon 6 die württembergischen), 4 die Handwerkskammern (davon 2 die württembergischen), 7 die Landwirtschaftskammern (davon 4 die württembergische), 6 die Verkehrsämter der Angestelltenversicherung und 6 werden aus den Vertretern der Landesversicherungen und Sonderanstalten entnommen. Der Eisenbahnbeitrag Stuttgart-Karlsruhe würde demnach 48 Mitglieder zählen. Die Landesregierungen erhalten durch den Entwurf grundsätzlich das Recht, ein Viertel der Mitglieder zu ernennen. Dadurch wird die Vertretung der frei organisierten Wirtschaft am besten abgesichert. Denn die Landesregierungen können aus der großen Zahl der Verbände die wirklich einflussreichen besonders berücksichtigen. Weiterhin werden in dem Entwurf zum erstenmal die Arbeiter und Angestellten mit besonderen Vertretern bedacht. Die Zuständigkeit der Beiräte erstreckt sich auf Mitberatung bei Angelegenheiten des Verkehrs und der Gestaltung der Tarife. Neben den Bezirksbeiträgen ist in dem Entwurf, wie er dem Reichsrat vorliegt, ein Reichseisenbahnrat für das ganze Reichsgebiet vorgesehen, der die Bezirksbeiträge zusammenfaßt und ihnen instanzmäßig übergeordnet ist.

Die Papiertenerung.
Die neuerdings wieder über die deutschen Zeitungen hereingebrochen ist, beschäftigt am Sonntag eine aus allen Teilen Württembergs außerordentlich stark besuchte Zeitungsverleger-Versammlung. Die zahlreichsten Herausgeber der Zeitungen aller Parteirichtungen faßten einstimmig folgenden Beschluß: Die neuerlich überraschend eingetretene große Steigerung der Papierpreise trifft die Lebensfähigkeit der Zeitungen in der bedenklichen Weise. Diese Papierpreissteigerung und die mögliche Aufhebung der Zwangsbeiwirtschaftung fallen zusammen in eine Zeit, in der endlich der ersichtliche Preisabfall auf vielen Gebieten eingetreten hat, so daß Ausgleichsmaßnahmen der Zeitungsverleger umso schwerer verstanden werden. Trotz alledem muß zur Abwehr auf Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise zurückgegriffen werden, weil alle anderen Mittel verfallen oder unzureichend sind und weil die durch vielerlei Anforderungen schon ohnedies schwer bedrückten Zeitungen die alle Verfügungen übersteigenden

Verlasten unmöglich allein zu tragen vermögen. Die Zeitungsverleger werden selbst, soweit das noch in ihren Kräften steht, große Opfer bringen, aber einen Teil der unerträglich neuen Last ihren Bezugs- und Anzeigenbestellern auferlegen müssen. Mit diesem Bedauern stellt die heutige stark besuchte Versammlung württembergischer Zeitungsverleger schließlich fest, daß die Reichsregierung, die die Zeitungen durch von ihr veranlaßte Gesetze betr. die Anzeigensteuer und die Erhöhung der Postgebühren, der Frachten, Telephon- und Telegrammgebühren in einer, die Aufgaben und den Kulturwert der Presse völlig mißverlehnenden Weise schon schwer geschädigt hat, auch diese offenbar schwerste Notlage, in die die Zeitungen jetzt eintreten, wieder verkennt, indem sie sich nicht geschert hat, Maßregeln zu ergreifen, die die Lage außerordentlich erschweren. Als eine solche tief schädigende Maßregel betrachten die württ. Zeitungsverleger die plötzliche, in eine Zeit weiterer Papierverteuerung und völlig ungeklärter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse fallende Aufhebung der Bewirtschaftung des Zeitungspapiers, in der wir lediglich einen Ausfluß der Verärgerung über die von den deutschen Zeitungsverlegern eingenommene Haltung ihr gegenüber erblicken. — In der Versammlung schloß sich die Empörung Luft, die in den Kreisen der Zeitungsverleger über die neu eingetretenen Zustände herrscht, gegen die die angestrengtesten Bemühungen um Verständigung und Hilfe vergeblich gewesen sind.

Der Pforzheimer Raub vor Gericht.
(S.W.) Pforzheim, 26. April. Vor dem Schwurgericht in Karlsruhe hatte sich der 27jährige Friseur Gustav Zimmermann aus Pforzheim wegen des Raubversuchs an dem Juwelier Rößschlau in Pforzheim zu verantworten. Zimmermann ließ sich mit dem Galvaniseur Richard Falser aus Pforzheim, durch die Kontoristin Klara Kopp, der Tochter eines Eisenbahnbediensteten in Stuttgart, und die Schneiderin Ivota Möll in Pforzheim aufsehen, bei dem Juwelier Rößschlau einen Diebstahl zu begehen, um aus der Beute eine Wertschuld von 6000 M. die die Kopp zu bezahlen hatte, zu beschleuten. Die Kopp und die Möll hatten einen Abdruck des Schlüsselstecks besorgt, so daß Zimmermann nach Anfertigung eines falschen Schlüsselstecks sich Zugang in die Wohnung des Juweliers Rößschlau verschaffen konnte. Er steckte dort verschiedene Gegenstände aus Silber zu sich, wurde aber von Rößschlau überrascht. Es kam zu einem Ringen zwischen den Weibern, in dessen Verlauf Zimmermann dem Juwelier ein Auge austach, ein Stück von der Nase abbiß und ihn festsetzte. Rößschlau biß dem Zimmermann bei der Anebelung einen Finger ab. Die Verhandlung zeigte, daß Zimmermann vollständig unter dem Einfluß seiner verbrecherischen Geliebten Kopp stand, wie Falser unter dem der Möll. Es war noch eine Reihe anderer Verbrechen geplant. Man wollte u. a. die Güterkassette im Stuttgarter Werksbahnhof rauben, zwei reichen Viehhändlern in Friedrichsdorf einen Schlaftrunk in ihren Wein gießen und sie dann bestechen. Wegen Falser, die Kopp und die Möll wird besonders verhandelt. Zimmermann wurde wegen Raubversuchs und Diebstahls zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Unmännliches Wetter am Freitag und Samstag.
Der Hochdruck breitet sich auch über Süddeutschland aus. Am Freitag und Samstag ist trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

(S.W.) Pforzheim, 27. April. In Pforzheim sind Einbrüche in die Schmuckwarenfabriken an der Tagesordnung. So haben Diebe dieser Tage aus zwei Fabriken u. a. entwendet: 1200 Paar Manschettenknöpfe in Silber, 1100 Stück Lulaknadeln, 4 Kilo feine silberne Ringe, 5 Kilo silberne Fahrgarnen, 36 Medaillons, 180 Stück Alpaka-Feuerzeuge, 3000 unechte Schnitzgelenke, außerdem goldene Anhänger und Pressungen. Von den Dieben hat man vorerst keine Spur.

Reutenburg, 20. April. Ueber die letzte Gemeinderatsitzung schreibt der „Südzöler“ u. a.: Infolge oberamtlichen Erlasses vom 14. d. Mts. sind die Verkaufspreise für Milch neu zu regeln. Der Vorsitzende erstattet hierüber Bericht. Demnach kommt die Stadtgemeinde das Liter Gemülmilch bis zur Abgabe im Durchschnitt auf 2,03-2,08 M. zu stehen. Vom Gemeinderat wird beschlossen, den Preis für 1 Liter Gemülmilch ab 1. April auf 2 M. festzusetzen und die höheren Selbstkosten vorerst auf die Stadtkasse zu übernehmen. Als 2. Punkt kam zur Beratung die Festsetzung neuer Richtlinien für Wohnungsmietzinsen in hiesiger Stadt. Der Vorsitzende trug das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Hausbesitzer- und Mieterverein vor. Ueber die vorgeschlagenen Sätze entspann sich eine teilweise erregte Debatte, als deren Ergebnis der mit 8 gegen 7 Stimmen gefasste Beschluß hervorging, dem Mieteneinigungsamt als Richtlinie ab 1. April ds. Jrs. vorzuschlagen: Für 1 Zimmer mit Küche und Zubehör jährlich 120-220 M., für 2 Zimmer mit Küche und Zubehör jährlich 220-400 M., für 3 Zimmer mit Küche und Zubehör jährlich 320-600 M., für 4 Zimmer mit Küche und Zubehör jährlich 480-800 M., für 5 Zimmer mit Küche und Zubehör jährlich 580-990 M., für 6 Zimmer mit Küche und Zubehör jährlich 680-1170 M., Zuschlag für 1 gepflasterte Kammer jährlich bis 70 M., Zuschlag für 1 Badzimmer jährlich bis 90 M. Bei der Einfassung sind Lage, Zubehör, Größe, Ausstattung und Beschaffenheit der Zimmer, Erfüllung der Unterhaltungspflicht durch den Vermieter zu berücksichtigen. Bei ganz schlechten Wohnungen soll noch unter den Mindestsatz gegangen, bei ganz vorzüglichen ausnahmsweise auch der Höchstfuß überschritten werden dürfen. Ausgenommen sind Wasserzins, Kaminreinigung und Aborteleeren. Für die nach 1918 mit Baukostenzuschüssen und Beihilfsdarlehen erstellten Wohngebäude gelten die hierfür festgesetzten besonderen Bestimmungen.

(S.W.) Stuttgart, 27. April. Seit einem Monat bestndet sich der bekannte Großindustrielle Dr. Robert Bosch auf einer Reise nach Südamerika zum weiteren Ausbau der geschäftlichen Beziehungen. Er wird begleitet von dem kaufmännischen Leiter des Wiener Verkaufsbüros der Bosch A.-G., Otto Fausthaber. Am Tage seiner Ankunft in Buenos-Aires starb der einzige Sohn von Robert Bosch hier nach jahrelanger Krankheit.

(S.W.) Weuron, 26. April. Die Instandsetzungsarbeiten auf Schloß Werentweg sind in vollem Gange, Prinz Egon von Fürstenberg wird auf dem Schloß seinen Wohnsitz aufschlagen. Dem Prinzen waren die ganzen Erbgüter in der Tschecho-Slowakei zugefallen, wenn er die Staatsangehörigkeit erworben hätte. Der Prinz entschloß sich, diesen Schritt nicht zu machen und verzichtete damit auf die Besitzungen in der Tschecho-Slowakei.

(S.W.) Stuttgart, 26. April. Dem Dienstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 263 Ochsen, 33 Bullen, 939 Jungrinder, 577 Kühe, 469 Kälber und 523 Schafe. — Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurden bezahlt: Ochsen I. 650-720, II. 450-600, Bullen I. 520-570, II. 420-500, Jungrinder I. 650 bis 720, II. 540-600, III. 440-500, Kühe I. 520-600, II. 350 bis 460, III. 300-300, Kälber I. 730-770, II. 650-700, III. 550-600, Schweine I. 1060-1100, II. 1000-1040, III. 850-950 M. — Verkauf des Marktes: langsam.

(S.W.) Eßlingen, 26. April. Zwischen Degerloch und Eßlingen ist geplant, einen Personen- und Güterverkehr einzurichten, weiter einen Pendelverkehr zwischen Kemnat und Heumaden. Zu diesem Zwecke soll eine Kraftwagen-Gesellschaft gegründet werden. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Projekt zu unterstützen. Der Fahrpreis soll pro Person und Kilometer 50 Pf. betragen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Sommermoden.

Am ersten Pfingstfeiertag muß auch das neue Sommerkleid fertig sein, das ist nun beinahe schon Tradition. Lange Jahre war das Kaufen eines Sommerkleides kein Vergnügen. Man war immer entsetzt, wenn man die schlechtesten Stoffe und — die hohen Preise sah. Heute ist das wieder ganz anders geworden. Es gibt alles! Ganz reizende Sommerstoffe sind zu haben und für verhältnismäßig geringen Preis. Frottees in einfarbig oder gestreift, sogar kariert, herbe Panamagewebe und das langentwehrte Kleiderleinen locken zum Kauf. Daneben gibt es Schleierstoffe in allen Farben, indischen Woll, und als neuestes Material den steifen Glasbatist oder Organby. Alle Farben, vom zartesten Himmelblau und Rosa bis zu den kräftigsten Tönen, sind



K 1049. Leinenkleid mit Treppenfalten.
Wollschneidmuster mit genauer Beschreibung in Größe I u. II erhältlich.



K 1063. Sommerkleid mit Stidelerverzierung.
Wollschneidmuster mit genauer Beschreibung in Größe II sowie Wollschneidmuster für Handarbeit erhältlich.
K 10392 hierzu erhältlich.

vertreten, werden aber alle bedroht von der „gelben Gefahr“. Gelb ist die kommende Modefarbe, die aber wirklich gefährlich werden kann, denn nur Brünette können sich erlauben, ein zitronengelbes Kleid zu tragen. Zum mindesten sollte man es durch eine zweite Farbe mildern. Gelb durch türkisblauen Paspel gedämpft, wirkt zum Beispiel sehr hübsch und ist schon weniger gefährlich. Man verwendet überhaupt gern eine zweite Farbe als Paspel. So sieht man türkisblaue Leinenkleider mit weißen Baumwolltressen oder Blenden besetzt, einfarbige Boilekleidchen mit farbiger durchschnittenen Hofnacht geschmückt, mit der dann eine leichte Sil'erei harmonisiert. Foulardkleider erhalten eine Schärpe in der Farbe des Musters, die betonen oder mildern muß. Gestreifte Schleierstoffkleider verzichten dagegen auf jeden Aufputz. Nun die originelle Verwendung des Streifenmusters ergibt die Garnitur. Abgepaßte Stidelerstoffe, die sehr beliebt sind, werden ganz schlicht verarbeitet. Nur Handpohnähte, Säumnengruppen ergeben mit den breiten Schärpen den Aufputz dieser Kleider, deren Einfachheit gerade der Stil des Sommermodens ist.

Anna P. Wedekind.

